



Amt der Tiroler Landesregierung

**Abteilung Landesentwicklung und
Zukunftsstrategie
EU-Regionalpolitik**

MMag. Martin Traxl/Sa

Telefon +43(0)512/508-3618

Fax +43(0)512/508-3605

landesentwicklung@tirol.gv.at

DVR:0059463

UID: ATU36970505

Österreichische Raumordnungskonferenz
Ballhausplatz 1
1014 Wien

**Partnerschaftsvertrag STRAT.AT 2020; ExpertInnen-Papier vom Juli 2012;
Stellungnahme Tirol**

Geschäftszahl LaZu- 2.208.2/13.2012

Innsbruck, 05.09.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Ergänzung zum Email vom 9.7.2012 (LaZu-2.202/9-2012) darf für Tirol nachfolgende Stellungnahme zum ExpertInnen-Papier übermittelt werden. Darin werden auch die Rückmeldungen der dazu konsultierten Stakeholder der Tiroler Regionalpolitik berücksichtigt.

Im vorliegenden Entwurf des ExpertInnen-Papier wird der Prozess und die Inhalte der zu erstellenden Partnerschaftsvereinbarung ausführlich und nachvollziehbar dargestellt. Sie gibt insgesamt einen guten Überblick über die Ausgangssituation in den jeweiligen thematischen Politikfeldern, wobei einige Anmerkungen angebracht erscheinen.

Grundsätzlich fällt auf, dass bei der Analyse der Politikfelder ausführlich auf die Zahlen und Fakten eingegangen wird, während „weiche“ Standortfaktoren und räumliche Ausgangssituationen bislang weitgehend ausgeblendet bleiben. Gerade darin liegt aber für Österreich ein großes Potenzial, das es im internationalen Standortwettbewerb entsprechend anzusprechen gilt.

Wünschenswert wäre, wenn der Bericht noch stärker auf Potenziale und Chancen in den jeweiligen Politikfeldern eingeht. Damit würde das Dokument nicht nur wichtige Signale setzen, sondern würde auch zukunftsorientierter und dynamischer erscheinen. Derzeit ist das Papier von einer leicht „pessimistischen

Grundstimmung“ getragen, die angesichts der vergleichsweise guten Ausgangslage und der positiven Entwicklung der vergangenen Jahre in Österreich nicht gerechtfertigt ist.

Im Einzelnen stellen sich die Anmerkungen wie folgt dar:

- Seite 23 „Forschung und Entwicklung“: Dieser negative Befund erscheint zu allgemein zumal gerade in den letzten Jahren Österreich einen deutlichen Aufholprozess gestartet hat, wie Statistiken belegen. Dies wäre entsprechend zu relativieren.
- Seite 24 „Nachfrageseitige Wachstumsbremse“: „Schwäche“ bei der privaten Inlandsnachfrage und bei der Exportausrichtung mag für die Wirtschaftskrise zwar richtig sein, insgesamt ist diese Aussage angesichts Dynamik bei der Exportquoten der vergangenen Jahre und dem steigenden Konsum ausgehend von den Zahlen die für Tirol vorliegen nicht nachvollziehbar.
- Seite 25 „Bedeutung von Förderungen“: Die implizierte Forderung, dass in etablierten Volkswirtschaften wie Österreich die Bedeutung von Förderungen abnehmen sollte, erscheint an dieser Stelle deplaziert, wo es um die Zukunft der Strukturfondsgelder geht.
- Seite 27ff „Herausforderungen zur FTEI-Politik“: Die Etablierung eines regionalen Innovationssystems, wo nicht nur in Zentralräumen, sondern auch für Unternehmen in allen anderen Teilen des Landes ein entsprechendes Innovationsmilieu geschaffen wird, stellt eine weitere Herausforderung dar. Ziel muss es sein, das Innovationspotenzial des Landes in der gesamten Breite zu mobilisieren und alle Unternehmen daran partizipieren zu lassen.
- Seite 33ff „IKT-Politik“: In den Regionen beginnen gerade Überlegungen zu einem koordinierten Ausbau der Glasfasernetze und damit der nächsten Generation an IKT (100 MBit/s). Darin liegen große Herausforderungen, die es in einem koordinierten Vorgehen zu bewältigen gilt, aber auch ungemaine Potenziale für Unternehmen (z.B. Innovationen) und für den ländlichen Raum. Die Dynamik, die Chancen und der Handlungsbedarf zum Thema „Glasfaser“ gehen in der Darstellung bislang nur unzureichend hervor.
- Seite 36 „KMU-Politik – Small Business Act“: Die Betriebsnachfolge stellt in Österreich ebenfalls eine zusehende Herausforderung dar. Auch ergeben sich auch durch die Entwicklung hin zu Ein-Personen Unternehmen (EPU) spezifische Herausforderungen (z.B. Wachstumsförderung), die es allenfalls zu berücksichtigen gilt.
- Seite 38f „Rolle der Länder in der KMU-Politik“: Richtigstellung, dass die Förderabwicklung in den Ländern nicht überall durch eigens gegründete Agenturen erfolgt sondern beispielsweise in Tirol weiterhin durch das Amt der Tiroler Landesregierung. Festgehalten sei an dieser Stelle, dass die Programme der Länder in der Regel abgestimmt und ergänzend zu den Bundesprogrammen aufgelegt werden im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.

- Seite 39ff „Energiepolitik“: Graphische Darstellung zur Entwicklung des Energieverbrauchs (u.a. auch Anteil „Erneuerbare Energie“ am Gesamt-Energieverbrauch) und Aufteilung auf Emissionsverursacher wären zu einem besseren Gesamtverständnis hilfreich.
- Seite 42 „Akteure“: Wenngleich die Definition der Bürger und Unternehmen als primäre Akteure in der Energiepolitik nicht nachvollzogen werden kann, verbleibt eine große Zahl an Akteuren auf verschiedenen Handlungsebenen (Bund, Land, Region, Gemeinde). Diese Vielzahl stellt aus unserer Sicht eine große Herausforderung für die Governance in diesem Bereich dar und sollte als solche im Bericht festgehalten werden.
- Seite 44 „Anpassung an den Klimawandel“: Neben der Anpassung an den Klimawandel geht es dabei auch um Risikoprävention. Dies sollte neben den bislang noch fehlenden Maßnahmenbündeln („Instrumente“) ergänzt werden.
- Seite 65 und 89 „TEP“: Arbeitsmarktpolitische Themen sind oft nur in Verbindung mit anderen Politikbereichen (Bildungs-, Sozial- und Gesundheitspolitik) umsetzbar. Die TEPs („Beschäftigungspakte“) sind zur koordinierten Umsetzung der ESF-Ziele von zentraler Bedeutung und haben sich in der Vergangenheit als Best-Practice auf Ebene der EU und der Experten bewährt. Diese Struktur sollte daher unbedingt weitergeführt und die Möglichkeit der Finanzierung mit ESF-Mitteln sichergestellt werden. Im Text wäre die Bedeutung der TEPs noch klarer herauszustreichen.
- Seite 82, letzter Absatz „Innovative Tourismusvorhaben“: Überlegungen hinsichtlich eines möglichen Ausschlusses der Förderung von innovativen Tourismusvorhaben kann nicht nachvollzogen werden und wird strikt abgelehnt. Ein derartiger Ausschluss wäre angesichts des Erfolges der gemischten Wirtschaftsstruktur in Österreich gerade in der Wirtschaftskrise weder inhaltlich zweckmäßig noch durch das Regulativ gedeckt.
- Seite 90, 2. Absatz „INTERREG“: Die fehlende Messbarkeit der Ergebnisse bei den INTERREG-Programmen ist wesentlich auf das Fehlen der Erhebung von Indikatoren auf Programmebene zurückzuführen. Fachlich werden die Projekte in der Praxis demselben Begutachtungsprocedere unterzogen wie andere EU-Projekte auch. Der Qualitätsgehalt der Projekte und die Übereinstimmung mit den Landesstrategien ist dadurch in hohem Maße sichergestellt. Dazu kommt noch, dass mit dem Kooperationsaspekt ein zusätzliches Prüfungs-/Qualitätskriterium angesetzt wird.
- Seite 96/97 „Gleichstellung“: Das dargestellte ESF-Verfahren erscheint für eine Anwendung in allen Programme deutlich überzogen und insbesondere für kleinere Programme nicht sinnvoll durchführbar. Zudem ist der Mehrwert in Anbetracht der absehbaren Inhalte der Programme zweifelhaft. Wie im Bericht selbst ausgeführt wurden bereits auf nationaler Ebene zahlreiche Vorkehrungen zur Berücksichtigung dieses Aspektes getroffen; diese gilt es auch bei der Erstellung der Programme einzuhalten. Eine unkritische Aufdoppelung dieser Maßnahmen durch zusätzliche, überlappende Kriterien eigens für die EU-Programme erscheint problematisch und würde von den Förderstellen in der Abwicklung nicht mitgetragen werden.

- Seite 97 „Nachhaltigkeit“: Nachhaltigkeit ist umfassend zu verstehen und beschränkt sich nicht auf den ökologischen Aspekt. So wäre in diesem Zusammenhang auch die Einbindung der Partner bei der Programmierung als weiterer Aspekt zu benennen. Die Reduktion auf die SUP-Richtlinie erscheint daher verfehlt. Nicht nachvollziehbar ist, mit welcher Kompetenz die DG Umwelt Standards für die Durchführung der SUP erlassen sollte. Die SUP-Richtlinie wurde in nationales Recht implementiert und bei der Programmierung ist demgemäß dieses zu beachten. Bei einer vollständigen Umsetzung der Richtlinie wie sie in Österreich erfolgt ist entfaltet die SUP-Richtlinie keine weiteren unmittelbaren Rechtswirkungen für die Programmierer.
- Seite 100 „Status quo - Territoriale Dimension“: Entgegen der Darstellung im Bericht, dockt das Programm „Stärkung der Regionalen Wettbewerbsfähigkeit Tirols 2007-2013“ am ZukunftsRaum Tirol an und damit sehr wohl an einer raumbezogenen (!!) Strategie. Diese stellt sicher, dass funktionale Zusammenhänge der Fachpolitiken bei der Programmumsetzung wohl berücksichtigt werden. Demgemäß gibt es im Programm auch speziell räumlich differenzierte Schwerpunktsetzungen.
- Seite 104 „CLLD“: Hier sei darauf verwiesen, dass sich im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft „Regionale Handlungsebene Stärken“ Experten mit der Frage befassen, wie eine sinnvolle und effiziente Implementierung des CLLD-Ansatzes in Österreich aussehen kann. Die Ergebnisse daraus werden direkt in den STRAT.AT Prozess eingespielt und sind entsprechend zu berücksichtigen.
- Seite 113ff „Ergebnisindikatoren“: Der skizzierte Ansatz der Autoren erscheint sehr ehrgeizig angesichts der Problematik der Daten-Verfügbarkeit in diesem Bereich. Insbesondere gilt es zu beachten, dass im Gegensatz zu anderen Ländern in Österreich zumindest für den Bereich der Strukturfonds nur ein marginaler Teil der gesamten Förderungen durch EU-Mittel bestritten wird. Dementsprechend ist die Beeinflussbarkeit und die Darstellung der Wirkungen auf Programmebene äußerst schwierig. Tirol appelliert daher, dieses Thema mit Augenmaß zu verfolgen und insbesondere auch die gemäß Verordnung eingeräumten Möglichkeiten einer qualitativen Beurteilung der Maßnahmen zu nützen.

Mit der Bitte um Berücksichtigung der ausgeführten Punkte im Zuge der weiteren Bearbeitung verbleiben wir

Mit freundlichen Grüßen

Für die Landesregierung:

(MMag. Martin Traxl)